

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum  
**17.04.2024**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Kämmerei**  
Schriftführung  
Nick Stüwe  
Telefon-Nr.  
**02202-142656**

## Niederschrift

**Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften**  
**Sitzung am Donnerstag, 14.03.2024**

Sitzungsort

**Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:19 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### Sitzungsteilnehmer

Siehe Auflistung unter TOP Ö 1

## Tagesordnung

### Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Bestellung einer neuen Schriftführung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften**  
*0110/2024*
- 3 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung (26.10.2023) - öffentlicher Teil**
- 4 **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Sachstandsinformation zum Schuldenstand**  
*0128/2024*
- 6 Antrag des Stadtsportverbandes Bergisch Gladbach e.V. vom 11.01.2024 (eingegangen am 12.01.2024) zur dynamischen Anpassung der Sportpauschale auf ein Drittel der Landesförderung**  
*0027/2024*
- 7 Teilnahme am Programm "Kinderfreundliche Kommune"**  
*0076/2024*
- 8 Antrag der Caritas auf Vertragsanpassung für den Betrieb der Seniorenbegegnungsstätten „Anna Haus“ und „Mittendrin“.**  
*0044/2024*
- 9 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 21.11.2023 (eingegangen am 21.11.2023): "Kindergartenplätze sichern durch befristete Übernahme von Trägeranteilen"**  
*0702/2023/1*
- 10 Gründung der Zanders-Entwicklungsgesellschaft (ZEG) GmbH**  
*0101/2024*
- 11 Darstellung der aktuellen personellen Situation im Fachbereich 2 - Finanzen**  
*0115/2024*
- 12 Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2024-2025**  
*0569/2023/1*
- 13 Haushalt 2024/2025**  
*0142/2024*
- 14 Maßnahmebeschluss zur Vergabe freiberuflicher Leistungen an eine Steuerberatungsgesellschaft gemäß § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**  
*0139/2024*
- 15 Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.02.40 Gartenstraße / Falltorstraße Kanalsanierung (MW)**  
*0089/2024*
- 16 Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.02.42 Saaler Str. Sanierung MW**  
*0091/2024*
- 17 Maßnahmenbeschluss zur Vergabe von Kanalinspektionsarbeiten (öffentlicher Kanal und private Hausanschlussleistungen) in der Altenberger-Dom-Straße sowie Ausschreibung und Beauftragung eines Ingenieurvertrages**  
*0105/2024*
- 18 Maßnahmenbeschluss zur Vergabe des Rahmenvertrages Kanalreinigung mittels Hochdruckspülverfahren im Vorlauf zur Kanalinspektion**  
*0094/2024*
- 19 Wirtschaftsplan 2024 der GL Service gGmbH**  
*0717/2023*
- 20 Anträge der Fraktionen**

**21      Anfragen der Ausschussmitglieder**

# Protokollierung

## Ö Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hans Josef Haasbach, eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Teilnehmenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Folgende Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder nehmen an der heutigen Sitzung teil:

#### **CDU-Fraktion:**

Birgit Bischoff  
Hans Josef Haasbach  
Brigitta Opiela (ab 17.06 Uhr)  
Martin Lucke  
Elke Lehnert  
Helga Kivilip

#### **Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:**

Theresia Meinhardt  
Anna-Maria Scheerer  
Rainer Dettmar  
Dr. Friedrich Bacmeister  
David Kirch

#### **SPD-Fraktion:**

Klaus W. Waldschmidt  
Klaus Orth  
Christine Leveling

#### **FDP-Fraktion:**

Matthias Bartsch (ab 17.14 Uhr)

#### **Fraktion Freie Wählergemeinschaft:**

Dr. Benno Nuding

#### **Bergische Mitte Fraktion:**

Fabian Schütz (ab 17.01 Uhr)

#### **AfD-Fraktion:**

Jürgen Niemann

#### **Verwaltung:**

Thore Eggert – Stadtkämmerer  
Ragnar Migenda – Beigeordneter für Stadtentwicklung und Klimaschutz  
Bernhard Bertram – Fachbereichsleitung 2  
Stephan Dekker – Fachbereichsleitung 7  
Alexandra Meuthen – Fachbereichsleitung 8

Yvonne Steidle – Abteilungsleitung Fachbereich 2-20  
Leonard Pütz – Fachbereich 2-20

Schriftführung: Nick Stüwe – Fachbereich 2-20

Außerdem stellt Herr Haasbach die heutigen Beratungsunterlagen vor:

**Einladung vom 26.02.2024**

mit den dazugehörigen Anlagen und Vorberatungsergebnissen zu TOP Ö 6 und TOP Ö 8

**Schreiben zur Sitzung vom 08.03.2024**

mit Vorberatungsergebnissen zu TOP Ö 7, TOP Ö 9, TOP Ö 15, TOP Ö 16, TOP Ö 17 und TOP Ö 18 sowie den Vorberatungsergebnissen des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen, des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport, des Ausschusses für Schule und Gebäudewirtschaft und des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses zu TOP Ö 13 – Haushalt 2024/2025.

**Tischvorlagen (sind der Niederschrift als Anlage beigefügt)**

- Korrigierte Vorberatungsergebnisse zu TOP Ö 7 und TOP Ö 9
- Schriftlicher Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2024 - Gründung der Zanders-Entwicklungsgesellschaft (ZEG) GmbH zu TOP Ö 10
- Vorberatungsergebnis und aktualisierte Vorlage zu TOP Ö 10
- Vorberatungsergebnis zu TOP Ö 12
- Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.02.2024 - Entwurf des Stellenplans für das Haushaltjahr 2024-2025 mit Stellungnahme der Verwaltung zu TOP Ö 12 (Die Anfrage wurde der Vollständigkeit halber als Tischvorlage vorgelegt)
- Schriftlicher Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2024 - Entwurf des Stellenplans für das Haushaltjahr 2024-2025 zu TOP Ö 12
- Vorberatungsergebnisse der Fachausschüsse zu TOP Ö 13 - Haushalt 2024/2025
- Schriftlicher Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 12.03.2024 - Haushalt 2024/2025 zu TOP Ö 13
- Schriftlicher Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 11.03.2024 - Haushaltsbegleitbeschluss zu TOP Ö 13

**2. Bestellung einer neuen Schriftführung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften**  
*0110/2024*

Herr Bertram stellt den zu bestellenden Schriftführer Herrn Pütz vor, der in Zukunft Frau Rohde ersetze und über einen betriebswirtschaftlichen Hintergrund verfüge und dementsprechend in der Kämmerei vielseitig verwendbar sei. Er bedankt sich zudem bei Herrn Stüwe, der als Stellvertreter für diesen Sitzungstermin die Ausschussbetreuung übernehme.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Herr Leonard Pütz wird zum Schriftführer des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften gewählt.**

3. **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung (26.10.2023) - öffentlicher Teil**

Da gegen die Niederschrift keine Einwände erhoben werden, gilt sie als genehmigt.

4. **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Keine.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Bertram sagt, dass aufgrund der Cyberattacke der Jahresabschluss 2023 der EGBL GmbH nicht rechtzeitig eingebracht werden kann. Es bestünden bis zuletzt noch Rückstände aus 2022. Der Jahresabschluss 2023 würde aber jetzt angegangen werden und es soll bald ein Prüfungstermin festgelegt werden, um für den Jahresabschluss 2024 wieder im Zeitplan zu sein.

Herr Eggert merkt dazu ergänzend an, dass der Cyberangriff nicht die Entschuldigung für jegliche Verzögerungen wäre, aber eben zu erheblichen Rückständen in den Finanzsystemen geführt habe. Diese Rückstände würden jetzt sukzessive aufgeholt werden.

5.1. **Sachstandsinformation zum Schuldenstand**  
*0128/2024*

**Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.**

6. **Antrag des Stadtsportverbandes Bergisch Gladbach e.V. vom 11.01.2024 (eingegangen am 12.01.2024) zur dynamischen Anpassung der Sportpauschale auf ein Drittel der Landesförderung**  
*0027/2024*

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung für den Rat:

**Die anteilige Weitergabe der landesseitig zur Verfügung gestellten Sportpauschale an die Bergisch Gladbacher Sportvereine ist ein wichtiges Instrument der Sportförderung. Anhand der in den vergangenen 6 Jahren beantragten Vielzahl von Maßnahmen lässt sich ableiten, dass seitens der Sportvereine ein hoher Bedarf an kommunalen Zuschüssen besteht. Die durch das Land Nordrhein-Westfalen bereitgestellte Sportpauschale wird den Bergisch Gladbacher Sportvereinen zukünftig mit einem Drittel für vereinseigene Sportanlagen zur Verfügung gestellt und im städtischen Haushalt berücksichtigt. Der Beschluss wird unter dem Vorbehalt der Vertretbarkeit mit der jeweils aktuellen Haushaltslage sowie der Rechtskraft des jeweiligen Haushalts gefasst.**

7. **Teilnahme am Programm "Kinderfreundliche Kommune"**  
0076/2024

Der Ausschuss gibt dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

**Die Verwaltung wird beauftragt, die Anfrage zur Teilnahme an dem Programm „Kinderfreundliche Kommune“ aufgrund der anfallenden Kosten, die nicht im städtischen Haushalt veranschlagt sind, zu verneinen, sofern die Kosten nicht in Gänze über Stiftungsmittel gedeckt werden können.**

8. **Antrag der Caritas auf Vertragsanpassung für den Betrieb der Seniorenbegegnungsstätten „Anna Haus“ und „Mittendrin“.**  
0044/2024

Herr Haasbach erläutert, dass der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann eine geänderte Beschlussempfehlung abgegeben hat.

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass der Antrag aufgrund von Kostensteigerungen, vor allem beim Personal, nicht abzulehnen sei. Er betont, dass es sich um eine einmalige Maßnahme handeln solle und die steigenden Kosten in Zukunft beispielsweise durch energetische Sanierungen oder Umstellung der Heizungssysteme aufgefangen werden sollen.

Sodann lässt Herr Haasbach über die geänderte Beschlussempfehlung abstimmen.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung für den Rat:

**1. Die finanzielle Situation des Caritasverbands des Rheinisch-Bergischen Kreises e.V. (CV) zum Betrieb der Seniorenbegegnungsstätten „Anna Haus“ und „Mittendrin“ wird besorgt zur Kenntnis genommen.**

**2. Für die Ausweitung der Förderung über die Haushaltsanmeldung für die Jahre 2024 und 2025 hinaus, ist die Kompensation innerhalb des Haushaltsvolumens des Fachbereichs 5, unter Beachtung der Haushaltssanierungs- und Nachhaltigkeitssatzung vom 28. März 2023, nicht möglich.**

**3. Die Verwaltung wird beauftragt mit den Trägern aller Seniorenbegegnungsstätten eine Lösung zu erarbeiten, für die, die zum Haushalt 2024/2025 angemeldeten städtischen Fördermittel ausreichend sind.**

**4. Sofern dazu vertragliche Anpassungen notwendig sind, wird die Verwaltung beauftragt, diese vorzunehmen.**

9. **Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 21.11.2023 (eingegangen am 21.11.2023): "Kindergartenplätze sichern durch befristete Übernahme von Trägeranteilen"**  
0702/2023/1

Herr Haasbach erläutert, dass der Jugendhilfeausschuss eine geänderte Beschlussempfehlung abgegeben hat.

Herr Dr. Bacmeister sagt, dass sich privat gemeinsam mit der Energiegenossenschaft um eine

Analyse der energetischen Einsparungsmöglichkeiten gekümmert wurde, die zum Ergebnis hatte, dass bis zu 80 % der Kosten durch energetische Sanierungen eingespart werden können. Das würde dem Fehlbetrag fast entsprechen und man solle sich deshalb um Einsparpotenziale Gedanken machen, die eine solche Situation in Zukunft verhindern können.

Herr Haasbach lässt über die geänderte Beschlussempfehlung abstimmen.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung für den Rat:

**Der zusätzlichen Förderung der Kindertagesstätten auf Basis der erhöhten Kindpauschalen gemäß der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, unmittelbar nach dem Beschluss des Haushalts mit der Kommunalaufsicht in Kontakt zu treten, damit die Mittel frühzeitig freigegeben werden können.**

#### **10. Gründung der Zanders-Entwicklungsgesellschaft (ZEG) GmbH 0101/2024**

Herr Haasbach lässt über eine im Ausschuss für die Konversion des Zanders-Geländes abgegebene geänderte Beschlussempfehlung abstimmen.

Der Ausschuss gibt dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Namen der Entwicklungsgesellschaft anzupassen. (vgl. mündlicher Änderungsantrag Herr Gajewski-Schneck Punkt 1. und CDU-Änderungsantrag Nr. 1. Der Beschluss zur Namensgebung soll im Rat am 18.03.2024 erfolgen.**
- 2. Der Rat wird auch nach Gründung der Gesellschaft die Vermarktungsziele etc. beschließen (vgl. Änderungsantrag Herr Gajewski-Schneck Punkt 2. Dieser Punkt soll im Gesellschaftsvertrag angepasst werden.**
- 3. Der § 12 „Einberufung des Aufsichtsrates“ Pkt. 12.1 des Gesellschaftsvertrags soll, wenn juristisch möglich (Prüfung bis zur Ratssitzung), geändert werden (vgl. mündlicher Änderungsantrag Herr Gajewski-Schneck Punkt 3., so dass eine Sitzung des Aufsichtsrates einberufen werden muss, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder nach § 10 (1) oder die Geschäftsführung dies unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen. Der finale Beschluss erfolgt im Rat am 19.03.2024.**
- 4. Der § 13 „Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrates“ des Gesellschaftsvertrags soll, wenn juristisch möglich (Prüfung bis zur Ratssitzung), geändert werden, so dass eine Aufsichtsratssitzung auch online beschlussfähig ist, wenn nicht mehr als 2 Personen dagegen sind. (vgl. mündlicher Änderungsantrag Herr Gajewski-Schneck Punkt 4). Der finale Beschluss erfolgt im Rat am 18.03.2024.**
- 5. In § 10 „Zusammensetzung des Aufsichtsrats“ des Gesellschaftsvertrags wird bei Abs. 1 b) das Wort „sachkundigen“ und im zweiten Satz ebenfalls das Wort „sachkundigen“ gestrichen. Stattdessen wird ein vierter Satz eingefügt: „Die Aufsichtsratsmitglieder müssen über eine Sachkunde gemäß § 113 Abs. 6 GO NRW verfügen.“ (vgl. CDU-Änderungsantrag Nr. 2)**
- 6. Die Entscheidung über den Antrag, die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder (§ 10 „Zusammensetzung des Aufsichtsrats“ Abs. 1 a) von 20 auf 10 Mitglieder zu reduzierten (vgl. CDU-Änderungsantrag Nr. 3) wird einstimmig in die Ratssitzung am 18.03.2024 vertagt.**



**7. In § 14 „Geschäftsführung und Vertretung“ des Gesellschaftsvertrags Abs. 3 soll, wenn juristisch möglich (Prüfung bis zur Ratssitzung), der Satz „Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann jeder Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.“ gestrichen werden. (vgl. CDU-Änderungsantrag Nr. 4. Antwort hierzu wird im Rat erbracht.**

**8. Beiratsmitglieder (vgl. mündlicher Änderungsantrag Herr Schütz) sollen im Benehmen mit dem Aufsichtsrat besetzt werden.**

**11. Darstellung der aktuellen personellen Situation im Fachbereich 2 - Finanzen**  
*0115/2024*

**Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.**

**12. Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2024-2025**  
*0569/2023/1*

Herr Haasbach erklärt, dass der Hauptausschuss keine Beschlussempfehlung abgegeben hat. Die Ausschussmitglieder wären aber darüber informiert worden, dass im AFBL eine Beschlussempfehlung gefasst werden müsse.

Herr Eggert gibt die Informationen aus der entsprechenden E-Mail vom Vormittag des Sitzungstages wieder, wonach die Verwaltung empfiehlt, aufgrund des § 59 Absatz 2 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, dass sowohl zum Stellenplan als auch zum Haushalt eine Beschlussempfehlung im Finanzausschuss abgegeben werden sollte oder sogar müsste.

Herr Haasbach erläutert das nachfolgende Abstimmungsverfahren. Es solle zunächst über den Änderungsantrag der CDU abgestimmt werden und im Anschluss über den Stellenplan insgesamt, möglicherweise in entsprechend geänderter Fassung.

Herr Lucke führt zum Änderungsantrag aus, dass im Seniorenbüro eine neue Stelle eingerichtet werden soll, die für den Sozialraum wichtig sei. Die Refinanzierung soll über den Verzicht auf die Stelle des „Baumpolizisten“ gewährleistet sein. Die vorgeschlagenen Streichungen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellenmehrungen, die man sich aus Sicht der CDU-Fraktion nicht leisten kann, seien vertretbar beziehungsweise notwendig.

Herr Waldschmidt äußert sein Unverständnis für den Änderungsantrag, der willkürlich Stellen aus dem Stellenplan kürzt. Zum Teil würden gesetzliche Vorgaben, beispielsweise bei der Stelle im Wohngeld und im Denkmalschutz, missachtet. Ohne eine umfassende Begründung seien die Änderungen nicht nachvollziehbar und würden lediglich auf der Intention der CDU-Fraktion beruhen, den Haushalt abzulehnen.

Frau Meinhardt erklärt, dass die Stelle zur Ahndung der Verstöße gegen die Baumschutzsatzung mehr oder weniger durch die Bußgelder refinanziert ist. Zudem seien die Stellen in der Landschaftsarchitektur und Gebäudebegrünung gemeinsam mit dem Klimaschutzkonzept beschlossen worden. Sie pflichtet Herrn Waldschmidt bei der Stelle im Wohngeld bei und plädiert für ein Ablehnen des Antrags.

Herr Eggert äußert sein Verständnis für die Wichtigkeit des Themas „Sozialraum“. Er weist auf die im freiwilligen HSK 2023 beschlossene Stellenstreichung im Seniorenbüro hin. Im Antrag der CDU-

Fraktion sei keine ausreichende Kompensation zu dieser HSK-Maßnahme zu finden. Außerdem weist er darauf hin, dass die Berechnung für den Stellenbedarf beim Wohngeld bereits überholt sei und deutlich mehr Fälle auftreten als ursprünglich berechnet. Um die Zahlungen weiter sicherzustellen, rät er von einer Streichung der zusätzlichen Stellen ab.

Herr Lucke äußert zu den genannten Argumenten, dass grundsätzlich Gebäudebegrünung gewollt sei, diese aber auch über externe Ausschreibungen bei Bedarf durchgeführt werden könnte. Zudem erwidert er im Bezug auf das Thema „Baumschutzsatzung“, dass er die Debatte aus dem AIUSO nicht wiederholen möchte, die Stelle aber faktisch nicht zu 100 % refinanziert sei. Er ergänzt, dass die CDU-Fraktion die Stelle zudem aus Prinzip ablehne, was ebenfalls im AIUSO begründet worden sei. Die Stellenmehrungen im Wohngeld sollen zudem nicht in vollem Umfang gestrichen werden.

Herr Schütz äußert Sympathien für den Änderungsantrag. Die Personalkosten seien in den letzten Jahren bei gleichbleibender Flächenausdehnung und Bevölkerungszahl Bergisch Gladbachs enorm gestiegen. Deshalb müsse genau überlegt werden, in welchem Umfang Personal zugesetzt wird. Seine Sympathien gingen aber nicht über eine Enthaltung hinaus.

Herr Bertram sagt, dass die Menge der von Herrn Eggert geäußerten Fallzahlen noch weiter steigen wird. Die Mehrarbeit werde im Moment von Herrn Stüwe und über eine Rotationsstelle überplanmäßig abgefangen. Faktisch wäre also schon jetzt mehr als eine Stelle im Wohngeld angesiedelt. Zudem würden die qualitativen Anforderungen durch Wechselwirkungen mit Bürgergeld und Grundsicherung in Zukunft zu erheblichem Mehraufwand führen. Er appelliert an der Stelle nicht zu kürzen.

Frau Meuthen führt zum Sachverhalt aus, dass die Baumschutzsatzung seiner Zeit mehrheitlich mit allem Für und Wider beschlossen wurde. Dementsprechend seien auch die Ordnungswidrigkeiten Bestandteil der Satzung. Die Baumschutzsatzung werde aktuell im Fachbereich 8 mit einer Stelle bearbeitet, was nicht ausreiche. Mit dem bestehenden Personal könnten die Ordnungswidrigkeiten nicht geahndet werden, was zu einer ungerechten Behandlung der Bevölkerung führen würde. Zum Thema „Gebäudebegrünung“ äußert sie, dass das Thema ohne die beantragte Stelle weiterhin brach liegen werde.

Herr Dr. Bacmeister plädiert aufgrund von persönlicher Erfahrung für höhere Bußgelder. Vor diesem Hintergrund zweifelt er die von der Verwaltung angeführten Berechnungen zur Kompensation der Stelle an. Diese habe mit anderen Bußgeldbeträgen gearbeitet. Außerdem sei die Baumschutzsatzung schon seit gut zwei Jahren in Kraft, sodass die Verstöße bei ausbleibender Ahndung nach und nach verjähren würden. Weiterhin äußert er, dass er sich ebenfalls eine Stelle im Seniorenbereich wünscht, diese aber derzeit nicht leistbar wäre. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Änderungsantrag sei aufgrund der Kurzfristigkeit ohnehin nicht erwartbar.

Herr Niemann möchte gerne wissen, ob es zur Baumschutzsatzung einen Bußgeldkatalog gäbe.

Frau Meuthen antwortet, dass die Ordnungswidrigkeiten auf Grundlage von Ermessensentscheidungen getroffen werden. Ein Bußgeldkatalog dürfe nicht hinterlegt werden. Verwaltungsintern gäbe es aber eine entsprechende Richtlinie zu den Ermessensentscheidungen.

Herr Kirch äußert, dass das Thema „Baumschutzsatzung“ lang und breit im AIUSO diskutiert wurde und in diesem Ausschuss nicht weiter behandelt werden müsse.

Herr Waldschmidt führt zur Stelle im Seniorenbüro aus, dass eine ernsthafte Diskussion darüber nur mit einem Vorschlag einhergeht, der mit dem Haushaltssicherungskonzept vereinbar ist. Da ein solcher Vorschlag nicht im Antrag zu finden sei, ist dieser nicht schlüssig und abzulehnen.

Sodann lässt Herr Haasbach über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Für den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, gegen den Antrag stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die Fraktion Freie Wählergemeinschaft bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der Bergische Mitte Fraktion.

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der Bergische Mitte Fraktion folgende Beschlussempfehlung für den Rat:

**Die unter den Punkten 2, 3.1, 3.2 und 4 dargestellten Vorschläge werden beschlossen. Im Übrigen wird Kenntnis genommen.**

### **13. Haushalt 2024/2025** *0142/2024*

Herr Haasbach schlägt vor, den weitestgehenden Antrag zum Haushalt der Fraktion Freie Wählergemeinschaft als erstes zu beraten und gibt Herrn Dr. Nuding Möglichkeit zur Begründung.

Herr Dr. Nuding erläutert zum Antrag, dass zu einer nachhaltigen Politik auch finanzielle Nachhaltigkeit gehöre. Er hält den Beschlussvorschlag für einen guten Kompromiss zwischen Darstellung des Sparwillens und Handlungsfähigkeit der Politik bzw. Verwaltung.

Herr Eggert äußert die Empfehlung der Verwaltung, dem Antrag der Freien Wählergemeinschaft zu folgen.

Frau Meinhardt erklärt zunächst die Freude über den Antrag, der eine intensive Beschäftigung mit dem Haushaltsentwurf voraussetze. Sie erwähnt aber auch, dass das Konsolidierungspotenzial von drei Millionen und die Änderungen in der Bauleitplanung als ambitioniert zu betrachten seien und sich noch merklich auf 2024 und 2025 auswirken würde. Sie dankt der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft dennoch dafür, dass sie den Haushalt inklusive des Haushaltsbegleitbeschlusses mitträgt.

Herr Waldschmidt schließt sich den Ausführungen von Frau Meinhardt an und erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen wird.

Sodann lässt Herr Haasbach über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss gibt dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme der Bergische Mitte Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgende Beschlussempfehlung:

**„Es wird der folgende Haushaltsbegleitbeschluss getroffen:**

#### **Haushaltsbegleitbeschluss**

##### **Vorwort**

**Ökonomische Nachhaltigkeit bedeutet verantwortliches Umgehen mit den Gemeinden zur Verfügung stehenden Einnahmen. Dieses Erfordernis gilt nicht nur für die Gegenwart, sondern richtet sich besonders in die Zukunft. Mögliche Belastungen kommender Generationen müssen bei allen Ausgaben und Investitionen bedacht werden. Trotz vielfältiger Pflichtaufgaben der Kommunen ist es notwendig, die kommunale Verschuldung nicht nur sorgfältig im Blick zu behalten, sondern sie zurückzufahren und dazu beizutragen, sie in einem ökonomisch gesunden Verhältnis an der kommunalen Leistungsfähigkeit zu**

orientieren. Im vergangenen Haushaltsjahr wurden deshalb eine Nachhaltigkeitssatzung sowie ein freiwilliges HSK beschlossen. Die damit verbundenen Beschlüsse reichen aber nicht aus, die Einschränkungen einer pflichtigen Haushaltssicherung sicher zu verhindern, wenn nicht weitere Anstrengungen zur Konsolidierung unternommen werden. Wenn auch die Verantwortung von Bund und Land für die Gemeindefinanzen keineswegs ausgeblendet werden soll, müssen auch Kommunen dazu beitragen, ihre zur Verfügung stehenden Mittel dort einzusetzen, wo die dringendsten Bedarfe bestehen. Das sind Schul- und Kitabau sowie Investitionen in die Infrastruktur. Dies verlangt zwingend die Festsetzung von Prioritäten, denn der enorme Nachholbedarf kann nicht zeitgleich beseitigt werden. Die Entscheidungen müssen sachlich, objektiv und transparent vollzogen werden. Darüber hinaus soll die Verwaltung die Chancen, die sich zur Verbesserung der Kostenstruktur bieten, gezielt aufgreifen. In der überörtlichen Prüfung für das Jahr 2021 hat die GPA insbesondere zwei Bereiche herausgehoben, bei denen die Verwaltungsstrukturen zu optimieren sind. Es handelt sich um die Produktbereiche 05/06 sowie 12. Mit 68 Millionen Euro in der Planung 2024 ist der Produktbereich 06 der größte Haushaltstitel. Im Produktbereich 12 kritisiert die GPA insbesondere die organisatorischen Abläufe bei der Bauaufsicht und den Baugenehmigungen. Hier besteht jeweils dringender Handlungsbedarf. Verwaltung und Politik tragen gemeinsam Verantwortung. Die politischen Gremien können diese allerdings nur dann wirksam wahrnehmen, wenn sie laufend über die aktuelle finanzielle Lage informiert werden und ihnen dazu ein praktikables Instrumentarium zur Verfügung gestellt wird.

In diesem Sinne werden die folgenden Maßnahmen beschlossen.

**Maßnahmen:**

- Identifikation von über das beschlossene freiwillige HSK hinausgehenden weiteren rechtlich zulässigen Konsolidierungsmöglichkeiten mit einem sich innerhalb des Finanzplanungszeitraums ab 2025 aufbauenden strukturellen Konsolidierungspotential von mindestens 3 Mio. EUR p.a. Hierzu wird bis Ende 2024 den politischen Gremien zwecks Beschlussfassung für 2025 eine Vorlage durch die Verwaltung unterbreitet, die insbesondere fiskalisch entlastende Optimierungen der Verwaltungsabläufe beinhaltet sowie weitere rechtlich mögliche Leistungs- und Standardreduzierungen abbildet. Bei Letzteren sind die tatsächlichen Auswirkungen dieser Reduzierungen darzustellen, ihre politische Bewertung obliegt der Politik.
- Fortsetzung und Fertigstellung der bereits im JHA am 20.09.2022 beschlossenen Organisationsuntersuchung (damaliger Beschluss: „*Zur weiteren Entlastung des Sozialbereichs soll eine unabhängige Organisations- und Prozessoptimierungsuntersuchung durchgeführt werden, um den Fachbereich zu entlasten.*“) mit Blick auf die Produktbereiche 05/06 durch einen externen Dienstleister, auch unter Zugrundelegung der von der GPA aufgezeigten Kritik zur Prozess- und Effizienzverbesserung. Ausschreibung und Vergabe der Beratungsdienstleistung Mitte 2024.
- Umsetzung der von der GPA geforderten Beschleunigungsmaßnahmen im Bereich Bauaufsicht/Baugenehmigungen, insbesondere Vorziehen des Abschlusses der Digitalisierung der Bauakten bis spätestens Ende 2025 mit laufender Berichterstattung in den betroffenen städtischen Gremien.
- Erarbeitung und Anwendung der Schulbauleitlinien zur Standardisierung von Planungsprozessen und zur Kostenminimierung bis Ende 2024.
- Strikte Anwendung der Nachhaltigkeitssatzung: Kein Beschluss ohne Angabe einer Gegenfinanzierung.
- Regelmäßige Überprüfung von freiwilligen und pflichtigen Aufgaben hinsichtlich eines durch Gesetzgebung oder andere Faktoren eintretenden Wegfalls oder Auslaufens der

**Pflichtigkeit (sowohl „ob“ als auch „wie“) und Aufzeigen von Konsequenzen für den Personaleinsatz. Darlegung in den politischen Gremien.**

- **Optimierung des Fördermittelmanagements durch realistische Einschätzung und Risikobewertung als Standardbestandteil von Ausschuss- und Ratsvorlagen. Sowohl die Darlegung des Eigenanteils der Stadt als auch die Auswirkungen von Kostenerhöhungen auf die Fördermittelsituation sind permanent zu prüfen und bei Bedarf zu aktualisieren.**
- **Vorlage einer Priorisierungsliste mit realistischem Zeitplan im Bereich der Mobilitätstruktur (Straßen, Fahrradwege) bis Ende 2024 durch die Verwaltung. Abgestimmte Vorgehensweise ähnlich wie beim Schulbau. Informative Einbindung von Bürgerschaft und Wirtschaft.**
- **Parallel zum durch die GO gesetzlich vorgegebenen Verfahren zur Haushaltsaufstellung fertigt FB 2 bis Ende 2024 eine transparente, kompakte Übersicht in Form einer Management Summary über die Haushaltssituation mit grafischer Aufbereitung. Sie dient als Muster für kommende Haushalte.**  
**Inhalte (nicht abschließend) sind:**  
**Grundlegende Darstellung der Entwicklung der Stadt, ihrer Schlüsselprojekte, ihrer finanziellen Situation, Kompakte Darstellung der Entwicklung aller Produktgruppen, Gründe für Abweichungen, Darstellung der Entwicklung wesentlicher Ertrags- und Aufwandspositionen, Risikobewertung, Investitionsgeschehen mit Folgekostenbetrachtungen, Entwicklung des Personalaufwandes einschl. Vorsorgeaufwendungen, Darstellung der finanziellen Situation der städtischen Nebenbetriebe und ihre Auswirkungen auf den Kernhaushalt, Kennzahlenvergleich mit Kommunen vergleichbarer Größe, Entwicklung der Verschuldung**
- **Sicherung einer Aufkommensneutralität für Bergisch Gladbach auch nach Festsetzung neuer Hebesätze aufgrund der Grundsteuerreform für die Haushaltsjahre 2024/25“**

Herr Haasbach erläutert, dass die Vorberatungsergebnisse zur Haushaltssatzung als Tischvorlage vorliegen. Außerdem liege ein Antrag der CDU-Fraktion vor, die darum bittet, um jeden Unterpunkt einzeln abzustimmen.

Herr Dr. Bacmeister und Herr Waldschmidt äußern, dass sie den Antrag nicht vor der Sitzung erhalten haben und eine Abstimmung deshalb problematisch sei.

Frau Steidle erklärt, dass auch ohne den Antrag der Beschlussvorschlag zum Haushalt beschlossen werden kann und dann im Rat mit dem Antrag ggf. noch abweichende Beschlüsse gefasst werden könne.

Herr Dr. Bacmeister entgegnet, dass der CDU-Fraktion der Überraschungseffekt gelungen sei. Eine Näherung in der Sache sei überhaupt nicht möglich. Der Doppelhaushalt sei im letzten Jahr schon lang und breit diskutiert worden und es wäre klargestellt worden, dass aufgrund von personellen Veränderungen im Fachbereich 2 nur so eine planbare Arbeit der Verwaltung ermöglicht werde. Er sieht in dem Antrag nur Wahlkampfgetöse fürs nächste Jahr. Aufgrund dessen und aufgrund von anderen Punkten zur Laurentiusstraße, zum Skaterpark und zum Bahndamm im Antrag sei dieser nur abzulehnen.

Herr Haasbach stellt zur Aussage „Der Überraschungseffekt sei gelungen“ klar, dass auch in der Sitzung noch Anträge gestellt werden können und dass von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion im letzten Jahr noch am Sitzungstag ein Antrag eingegangen sei.

Herr Lucke entgegnet zu den Ausführungen von Herrn Dr. Bacmeister, dass in der Laurentiusstraße lediglich der Bürgeranteil der Finanzierung durch den Landtag abgeschafft worden sei und damit ein Finanzierungsanteil durch die Gemeinde weiterhin bereitzustellen sei, die den Haushalt belastet. Die Planung beim Skaterpark zeige, dass allgemein eine Fokussierung auf Prestigeobjekte mit übertriebenen Ausmaßen stattfinde. Das geplante Defizit von 116 Millionen

Euro lasse zudem keinen Sparwillen erkennen, weshalb die Änderungsvorschläge nötig seien. Die CDU-Fraktion würde sich über Zustimmung freuen.

Herr Orth äußert, dass er den Änderungsantrag keineswegs überraschend findet. Alles, was mit dem Thema „Verkehrswende“ zu tun habe, werde durch die CDU-Fraktion abgelehnt. Dem Antrag könne er dementsprechend nicht zustimmen.

Herr Schütz hält es für kollegialer, den Antrag etwas im Voraus an die Kollegen zuzustellen, um eine bessere Vorbereitung zu ermöglichen und pflichtet dem Antrag in der Ablehnung des Doppelhaushaltes bei. Er äußerte seine Sympathien für einige Punkte des Antrags und erklärt, dass er bei getrennter Abstimmung teilweise zustimmen würde.

Frau Meinhardt geht im Besonderen auf die Radabstellanlage an der Otto-Hahn-Schule ein. Dort würden ständig Fahrräder der Schüler geklaut werden. Nur durch eine solche Anlage könne die selbstständige Mobilität der Schüler sichergestellt werden. Das entsprechende Budget sei lange diskutiert worden, bis ein Kompromiss gefunden wurde. Sie äußert ihr Unverständnis in diesem Punkt.

Herr Waldschmidt befindet, dass die in dem Antrag aufgeführten Punkte in den jeweiligen Fachausschüssen hinreichend diskutiert worden sind. Er hält den Antrag für einen Schau-Antrag und bekundet Ablehnung.

Herr Lucke beantragt, über den Antrag geschlossen abzustimmen. Er führt außerdem aus, dass die Notwendigkeit der Radabstellanlage an der Otto-Hahn-Schule unstrittig sei. Es ginge im Antrag um den zweiten Bauabschnitt, der viel zu hohe Kosten verursachen würde, die auch auf Anfrage hin nicht aufgeschlüsselt werden konnten. Beim Klimaschutzkonzept sei die CDU-Fraktion zwar mit dem „Rumpfkonzept“ einverstanden, einzelne Maßnahmen würde sie jedoch ablehnen. Außerdem sei das Budget falsch angesetzt.

Die CDU-Fraktion habe also einen Antrag vorgelegt, der konkrete Einsparmöglichkeiten aufführt.

Frau Opiela äußert, dass es bei der Radabstellanlage vornehmlich um Sicherheit ginge. Da die meisten Jugendlichen gebrauchte Fahrräder hätten, wäre ein Luxusobjekt nicht notwendig. Auch beim Skaterpark seien die Dimensionen falsch angesetzt worden.

Herr Dr. Bacmeister erwidert, dass der Skaterpark als Multi Court geplant sei, der auch Menschen mit Behinderung die Ausübung ihres Sports ermögliche. Die CDU-Fraktion würde zudem zwar einerseits zurecht auf hohe Defizite hinweisen, lehne aber die Bettensteuer ab.

Sodann lässt Herr Haasbach über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Für den Antrag stimmt die CDU-Fraktion, gegen den Antrag stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die Fraktion Freie Wählergemeinschaft, die FDP-Fraktion und die Bergische Mitte Fraktion.

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Frau Steidle äußert zum Verwaltungsvorschlag für den Haushalt, dass der zuvor beschlossene Zuschuss für die Sportvereine ab 2027 noch nicht berücksichtigt sei. Für 2027 würde eine Erhöhung von 100.000 Euro auf 153.881 Euro anfallen, für 2028 eine Erhöhung von 100.000 Euro auf 160.477,67 Euro. Die Erhöhungen würden im Haushaltsbeschluss mit aufgenommen werden.

Herr Waldschmidt bittet einen Beschluss über einen Sperrvermerk für die Sicherstellung der Finanzierung für das Café „Grenzenlos“ und zwar zugunsten des Ausschusses für Soziales, Wohnungsbau, Demographie und Gleichstellung von Frau und Mann aufzunehmen.

Sodann lässt Herr Haasbach separat über jede Ziffer des Verwaltungsvorschlags, bei einem

geänderten Beschlussvorschlag der Ziffer 1, abstimmen.

Der Ausschuss erteilt dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Bergische Mitte Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgende geänderte Beschlussempfehlung:

**1. Die Haushaltssatzung für das Jahr 2024/2025 wird unter Berücksichtigung der vom Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vorgeschlagenen Änderungen – Änderungsliste, erhöhter Zuschuss an die Sportvereine gemäß TOP Ö 6 und Sperrvermerk für den Zuschuss an das Café Grenzenlos, der vom ASWDG aufgehoben werden kann – beschlossen.**

**2. Für das Jahr 2028 wird ein Teil des Jahresfehlbetrages in Höhe von 33 Mio. EUR als Verlustvortrag gemäß § 79 Absatz 3 GO NRW vorgetragen.**

**3. Die bisherigen Deckungsvermerke unter II. 1 werden erweitert um:**

**„Folgende Ertrags- bzw. Aufwandsarten bilden jeweils über den gesamten Haushalt betrachtet ein Budget:**

**Positionen, die zwar ergebnis-, aber nicht zahlungswirksam sind:**

- Abschreibungen und Auflösung von Sonderposten
- Auflösung aktivischer und passivischer Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP, PRAP)“

**14. Maßnahmebeschluss zur Vergabe freiberuflicher Leistungen an eine Steuerberatungsgesellschaft gemäß § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung 0139/2024**

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Vergabe freiberuflicher Leistungen an eine Steuerberatungsgesellschaft im Rahmen eines Wettbewerbs nach der Unterschwellenvergabeordnung wird zugestimmt.**

**15. Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.02.40 Gartenstraße / Falltorstraße Kanalsanierung (MW) 0089/2024**

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.02.40 Gartenstraße / Falltorstraße Kanalsanierung (MW)“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.**

**16. Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.02.42**

**Saaler Str. Sanierung MW**  
0091/2024

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.02.42 Saaler Str. Sanierung MW“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.**

**17. Maßnahmenbeschluss zur Vergabe von Kanalinspektionsarbeiten (öffentlicher Kanal und private Hausanschlussleistungen) in der Altenberger-Dom-Straße sowie Ausschreibung und Beauftragung eines Ingenieurvertrages**  
0105/2024

Herr Dr. Bacmeister will sichergehen, dass der zweite Abschnitt der Altenberger-Dom-Straße nicht betroffen ist.

Herr Bertram verweist auf Herrn Dekker, der dieses bestätigen kann.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Freigabe der Mittel zur Vergabe von Kanal-TV-Untersuchungen in der Altenberger-Dom-Straße und zur Vergabe eines Ingenieurvertrages zur Erstellung eines ganzheitlichen Sanierungskonzeptes (private Anschlussleistungen und öffentlicher Kanal) im Vorlauf zu geplanten Straßenausbauarbeiten in der Altenberger-Dom-Straße.**

**18. Maßnahmenbeschluss zur Vergabe des Rahmenvertrages Kanalreinigung mittels Hochdruckspülverfahren im Vorlauf zur Kanalinspektion**  
0094/2024

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Vergabe eines Rahmenvertrages Kanalreinigung mittels Hochdruckspülverfahren im Vorlauf zur Kanalinspektion für die Dauer von 72 Wochen gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.**

**19. Wirtschaftsplan 2024 der GL Service gGmbH**  
0717/2023

Der Ausschuss gibt dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

**Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH (GL Service) stellte, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, am 13.12.2023 den Wirtschaftsplan 2024 der GL Service nach § 10 Nr. 1 a) des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt:**



**Der Wirtschaftsplan 2024 der GL Service wird festgestellt und eine entsprechende Weisung i.S. §113 (1) GO NRW erteilt.**

**20. Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine weiteren Anträge der Fraktionen vor.

**21. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Keine.

Herr Haasbach verabschiedet die Presse und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:05 Uhr.

gez. Hans Josef Haasbach  
Ausschussvorsitzender

gez. Nick Stüwe  
Schriftführung